

Zur Durchsetzung geltenden Asylrechts durch die Landesregierung haben wir folgende Anfrage an den Kreistag in der Sitzung am 10.02.2015 gestellt:

Es ist zu erwarten, dass die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung die im Haushalt 2015 angesetzten Mittel übersteigen werden.

Vor diesem Hintergrund die Frage an den Kreistag:

Warum unterstützt der Kreistag Rastatt den CDU-Landesvorsitzenden Strobl sowie den SPD-Innenminister Gall nicht und fordert endlich eine stringente Anwendung der asylrechtlichen Bestimmungen von der Landesregierung?

Dankeschön.

Hierzu die knappe Antwort des Landrats, sinngemäß wiedergegeben:

Zum ersten ist es nicht sicher, dass eine Kostenausweitung eintreten wird.

Außerdem sind wir in Asylsangelegenheiten bereits mit der Landesregierung im Gespräch.

Nicht zur Sprache gebracht worden ist:

Denn Flüchtlingen wird faktisch ein Bleiberecht mit Anspruch auf Sozialleistungen erteilt, wenn die Überwindung der Schengengrenzen gelungen ist. Das erzeugt verständlicherweise einen unwiderstehlichen Anreiz, sein Leben auf Seelenverkäufern im Mittelmeer aufs Spiel zu setzen.

Laut Spiegel-online steigen außerdem aktuell die Flüchtlingszahlen aus dem Kosovo massiv. Weil es sich herumgesprochen hat, daß den Flüchtlingen in Deutschland lukrativer Sozialhilfebezug während der zwar aussichtslosen, aber lang andauernden Asylverfahren sicher ist.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kosovo-sorge-wegen-massenxodus-aus-dem-kosovo-a-1017354.html>

Die deutsche Botschaft in Pristina fordert deshalb eine abschreckend medienwirksame Abschiebung zu zelebrieren.